



# Wahlen 2009 Junge Forderungen für eine nachhaltige Politik



**eji**

Bundesarbeitsgemeinschaft  
Evangelische Jugend im  
ländlichen Raum



**KLJB**  
Katholische  
Landjugendbewegung  
Deutschlands



Naturfreundejugend  
Deutschlands

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Klimawandel, Rohstoffkrise und Artensterben – täglich stehen Schlagzeilen in den Medien, die die Zukunft junger Menschen direkt betreffen. Wir sind es, die die Zukunftshypothek einer Erderwärmung um mindestens 2 °C, eines massiven Verlustes der biologischen Vielfalt und steigender Rohstoffpreise abtragen müssen. Wir sind es, die bis zu 20 % unserer Wirtschaftsleistung dafür aufbringen müssen, um uns vor den Folgen steigender Temperaturen zu retten, weil sich heutige Generationen kein nachhaltiges Wirtschaften leisten wollen. Deshalb sind auch wir es, die gerade im Superwahljahr 2009 Forderungen an die zukünftigen Parlamente und Regierungen stellen.

Wir mischen uns auf vielfältige Weise in die Gesellschaft ein: In unseren Verbänden treten junge Menschen in Gruppen und Projekten für eine lebenswerte Zukunft ein.

Schon seit mehreren Jahren treffen sie zum Beispiel im Jugendkomitee für Erneuerbare Energien mit der politischen Leitung des Bundesumweltministeriums zusammen und diskutieren energiepolitische Fragen. Junge Menschen sind bereit sich den Herausforderungen eines nachhaltigen Lebens und Wirtschaftens zu stellen. Auf den nächsten Seiten haben wir Forderungen für eine nachhaltige Umwelt-, Energie- und Wirtschaftspolitik zusammengestellt.

**Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung, allen heute lebenden und zukünftigen Menschen ein lebenswertes Leben in Wohlstand zu ermöglichen.**

## Energiepolitik

Die Energiepolitik steckt in einer Sackgasse: Die Unfähigkeit der Politik, einen tragfähigen Kompromiss für eine nachhaltige Energieversorgung zu finden, lastet jungen Menschen und zukünftigen Generationen ein schweres Erbe auf. 86 % aller Deutschen fordern einen zügigen und konsequenten Umstieg auf Erneuerbare Energien. Die heute jungen Menschen müssen somit später Probleme einer Technologie lösen, die sie mehrheitlich ablehnen und die ihnen von vorangegangenen Generationen aufgeladen wurde. Junge Menschen sind bereit, sich dieser Herausforderung zu stellen. Politik hat die Aufgabe, sie zu unterstützen und muss Mut zur Gestaltung einer nachhaltigen Energieversorgung haben.



### Den Atomausstieg beschleunigen!

Das ständige Risiko eines schweren Unfalls und das ungelöste Problem der Endlagerung erfordern einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die Atomenergie wird von der Mehrheit der Bundesbürger abgelehnt. Eine weitere Nutzung ist nicht nur zutiefst undemokratisch, sondern verhindert auch den Ausbau Erneuerbarer Energien. Der Ausbau Erneuerbarer Energien ist bereits so weit fortgeschritten, dass ein Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie schon heute möglich ist. Wir sprechen uns deshalb für eine Beschleunigung des Atomausstiegs aus.

### Keine neuen Kohlekraftwerke!

Braun- und Steinkohlekraftwerke sind die klimaschädlichste Art der Energiebereitstellung, sie stoßen mehr als doppelt so viel CO<sub>2</sub> aus wie mo-

derne Gaskraftwerke. Durch den Bau neuer Kohlekraftwerke werden bis zu 100.000.000 Tonnen CO<sub>2</sub> zusätzlich ausgeschüttet – jedes Jahr. Dies macht einen wirkungsvollen Klimaschutz in Deutschland unmöglich.

Abscheidung, Transport und Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCS) bedingt einen Energie-Mehraufwand von 10 bis 15 % und gefährdet Mensch und Umwelt. Wir fordern deshalb einen sofortigen Genehmigungsstopp für den Bau von Kohlekraftwerken. Die CCS-Technologie (CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung) wird als ökologische und ökonomische Sackgasse abgelehnt.

### **100 % Erneuerbare Energien bis 2030!**

Ein Umstieg auf Erneuerbare Energien ist bereits mittelfristig möglich: Mehrere Studien zeigen, dass bei einer Senkung des Energieverbrauchs durch eine Steigerung der Energieeffizienz und einem gleichzeitigen Ausbau Erneuerbarer Energien das fossilatomare Zeitalter zügig beendet werden kann. 84 % aller Deutschen fordern hier klare Schritte von der Politik in eine effiziente und erneuerbare Energieversorgung. Wir fordern, dass bis zum Jahr 2015 mindestens ein Drittel und bis 2030 100 % des Stroms in Deutschland aus Erneuerbaren Energien stammt. Es besteht keine Stromlücke, sondern eine Handlungslücke.

## **Ökologischer Landbau und zur AgroGentechnik**

### **Den ökologischen Landbau stärken**

Im Mai 2008 hat die EU-Kommission im Rahmen ihrer Analyse der Agrarpolitik die Herausforderungen für die nächsten Jahre benannt; darunter finden sich Klimaschutz, Maßnahmen gegen den Rückgang der Artenvielfalt oder der nachhaltige Schutz der Ressource Wasser. Gleichzeitig sind Vorschläge vorgelegt worden, wie Mittel innerhalb des EU-Agrarhaushalts umgeschichtet werden sollen, um diese Ziele zu erreichen. Insgesamt – so der Vorschlag – soll die EU mehr Mittel für die Förderprogramme der so genannten Zweiten Säule, sprich der Entwicklung der ländlichen Räume, zur Verfügung stellen.

Eine Förderung des ökologischen Landbaus war bisher schon das Herzstück der Agrarumweltmaßnahmen in allen Bundesländern. Der Ökologische Landbau ist die beste Lösung für viele der in der Überprüfung der gemeinsamen Agrarpolitik genannten Herausforderungen. Darüber hinaus bietet der Ökologische Landbau aufgrund seines Gesamtsystems eine effizientere Lösung als eine Vielzahl von oft nur an Symptomen arbeitenden Einzelmaßnahmen. Maßnahmen, die den Ökologischen Landbau stützen, dienen daher in besonderem Maße zu mehr Klimaschutz, zum Erhalt der Artenvielfalt und zum verantwortungsvollen Umgang mit Wasser.

Ein weiteres gutes Argument zur Stärkung des Ökologischen Landbaus ist auch die Debatte zum Klimaschutz. So ist die Energie-Effizienz im Ökolandbau um ein Vielfaches höher als in der konventionellen Landwirtschaft. Aber auch für konventionell wirtschaftende Betriebe gibt es hier beispielhafte Lösungen, die zu einem größeren Beitrag zu mehr Klimaschutz führen können.

Der Ökologische Landbau bietet aber nicht nur Lösungen zu Umweltfragen. So werden in den Betrieben des Ökologischen Landbaus, aber auch in vor- und nachgelagerten Bereichen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, die maßgeblich zur Entwicklung der ländlichen Räume beitragen.



Im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland fordern wir demnach flankierende Maßnahmen, die eine spürbare Ausweitung des ökologischen Landbaus in Deutschland unterstützen. Dies gilt vor allem auch vor dem Hintergrund der stark nachwachsenden Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln, die derzeit nur durch Importe aus dem benachbarten Ausland befriedigt werden kann.

## 100 % Gentechnikfreiheit in der Landwirtschaft

Der Einsatz der Gentechnik ist im Ökologischen Landbau aus sehr vielfältigen Erwägungen grundsätzlich verboten. Ca. 75 % der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen den Kauf von Lebensmitteln aus gentechnischen veränderten Organismen ab. Die vielfältigen realen Gefahren als Argumente gegen den Einsatz der AgroGentechnik sollen an dieser Stelle nicht wiederholt werden.

Wir fordern, dass die Bundesregierung Initiativen, die tragfähige Konzepte für eine gentechnikfreie Landwirtschaft erarbeiten, aktiv unterstützt, sei es bei der Sicherstellung der Versorgung mit gentechnikfreien Futtermitteln oder auch bei der Vermarktung von Produkten „ohne Gentechnik“, die insbesondere von regionalen Handwerksbetrieben vorangetrieben wird.

Neben der Sicherung einer heimischen Futtermittelversorgung – insbesondere beim Eiweiß – geht es nicht zuletzt darum, die Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit in der Landwirtschaft zu gewährleisten: mit 100 % Gentechnikfreiheit in der ganzen Landwirtschaft.

Sowohl für die nachfolgenden Generationen von Bäuerinnen und Bauern als auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher muss dies im Sinne einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung sichergestellt werden.

## Verkehrspolitik

Mobilität ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft. Jedoch ist die Verkehrsinfrastruktur und -technik den aktuellen Entwicklungen in Deutschland sowie der ganzen Welt nicht gewachsen. Aus sozialer und ökologischer Sicht ist deshalb ein zukunftsweisender Umbau von Infrastruktur sowie auch die Umstellung von Mobilitätsgewohnheiten gefragt. Die Politik ist aufgefordert, die dafür nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

### Mobilität – Vom Produkt zur Dienstleistung

Die technischen Fortschritte dürfen nicht dazu dienen, den aktuellen Status quo der Autonutzung aufrecht zu erhalten. Das Produkt Auto

muss zur Dienstleistung Mobilität werden. Wenn Autos wie z. B. beim Carsharing nicht mehr gekauft werden müssen, sondern gemietet werden können, dann wird eine bedarfsgerechte Mobilität (vom Einsitzer bis zum Transporter) endlich möglich und für jeden bezahlbar. Gleichzeitig muss sich das Auto dann dem direkten Wettbewerb von Bus und Bahn stellen, den dann häufig günstigeren Alternativen.

## Bus und Bahn – Immer erste Wahl

Das öffentliche Verkehrssystem soll Vorrang vor dem individuellen Personenverkehr haben. Dafür müssen Nah- und Fernverkehr attraktiv gestaltet und intelligent miteinander verknüpft werden. Schnelle Verbindungen, günstige Preise und ein guter Service stehen dabei im Vordergrund. Busse und Bahnen, gerade in strukturschwachen Regionen, dürfen nicht weiter zurückgebaut, sondern müssen im Gegenteil ausgebaut werden. Aus diesen Gründen ist die Privatisierung der Bahn auch zukünftig zu verhindern. Im Nah- und Fernverkehr ist die Möglichkeit der Fahrradmitnahme deutlich zu verbessern.



## Die Renaissance der lebenswerten Stadt

Mittlerweile leben weltweit über 50 % aller Menschen in Städten, in Deutschland sind es etwa 60 %. Auch wenn das Leben in der Stadt ökologische Vorteile hat, stören Probleme wie Lärm und Luftverschmutzung durch den Straßenverkehr häufig das Bild einer lebenswerten Stadt. Dies kann durch eine nachhaltige Mobilitätskultur geändert werden. Die antiquierte, autofixierte Stadtplanung darf dabei nicht als „Exportmodell“ für Länder wie China dienen. Intelligente Modelle der Verkehrsorganisation und das Ziel mit Spaß mobil zu sein müssen an die Stelle von Aggressivität im Verkehr und einer hohen Zahl von Unfällen treten. Autos können durch einen attraktiven, kostenlosen bzw. kostengünstigen öffentlichen Nahverkehr und Anschlussangebote

wie das Ausleihen von Autos oder Fahrrädern sowie der Einrichtung von Tempo-30-Zonen mehr und mehr zurückgedrängt werden. Die so verkehrsberuhigten Straßen können zurückgebaut werden, um wieder mehr Raum in den Städten zu schaffen. So wird auch Mobilität per Fahrrad oder mit „Fun“-Fahrzeugen wie Kickboard, Inline-Skater oder Segway wieder attraktiv. Je nach Bedarf kann dabei die eigene Muskelkraft mit einem Elektroantrieb ergänzt werden.

## **Elektrofahrzeuge und Erneuerbare Energien – ein starkes Paar**

Elektrofahrzeuge sind ein wichtiges Element zukunftsfähiger Mobilität: nahezu lautlos, effizient und lokal emissionsfrei. Sie dürfen aber nicht dafür genutzt werden, die Umweltschäden lediglich auf Kohle- und Atomkraftwerke zu verlagern. Zukünftig könnte der Anschluss der großen Fahrzeugakkus an das Stromnetz als Regelkraft zwischen schwankendem Angebot und Nachfrage dienen und somit auch die Erneuerbaren Energien weiter fördern. Diese Technik gilt es weiter zu unterstützen und durch Anreize auch auf den Markt zu bringen.

## **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie sind nicht mit Erneuerbaren Energien und Effizienzmaßnahmen alleine erreichbar. Ein Umdenken in der Gesellschaft erfordert auch ein Umdenken jedes Einzelnen. Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) hat zum Ziel, das Umweltbewusstsein und das umfangreiche Wissen über ökologische Zusammenhänge zu fördern, um Menschen in die Lage zu versetzen, bei ihren eigenen sowie gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen im Sinne der Nachhaltigkeit zu handeln.

Ein nachhaltiges Umweltbewusstsein bei allen Menschen und in allen Altersgruppen ist Voraussetzung, um den Klimawandel und Ressourcenraubbau zu stoppen. Eine weitere wichtige Voraussetzung einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist eine umfassende und leicht zugängliche Umweltbildung, auch im Rahmen des staatlichen Bildungsauftrages.



### **Das heißt:**

Bildung für Nachhaltige Entwicklung findet Einzug in die Lehrpläne und Lehrmethoden im Rahmen der allgemeinen Schulausbildung.

Außerschulische Träger und Angebote ergänzen die Bildung für Nachhaltige Entwicklung in den Schulen.

Hierbei sind insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial und ökonomisch benachteiligten Schichten und Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen. Eine wichtige und bisher nur unzureichend erreichte Zielgruppe sind Migrantinnen und Migranten. Besonders Erfolg versprechend ist die Ansprache von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Die mangelnde Sensibilisierung für Umweltthemen und Nachhaltige Entwicklung in weiten Teilen der Bevölkerung wird unter anderem durch soziale Benachteiligung, soziokulturelle Ausgrenzungsmechanismen, mangelnde Integration und Sprachbarrieren hervorgerufen.

Es gilt, Angebote zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung gezielt für Stadtteile mit einem hohem Anteil an Bevölkerung mit Migrationshintergrund unter Berücksichtigung von Herkunft, kultureller Vielfalt und individuellen Bedürfnissen zu entwickeln und durchzuführen.

### **Wir fordern:**

den Schwerpunkt der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit auf ökologische, ökonomische, soziale, politische Nachhaltigkeit und kulturelle Vielfalt zu legen;

die Förderung von individuellen Naturerfahrungen und eigenen Naturbezügen, insbesondere in Ballungsgebieten. Dies soll durch Patenschaften (Biotop, Bachlandschaften, Abenteuerspielplätze) und Schulwälder geschehen. Kooperationen mit Naturschutzverbänden, Forstverwaltungen sowie außerschulischen Bildungsträgern können hier einen wichtigen Beitrag leisten;

Umweltworkshops und -aktionspläne an Schulen oder durch Jugendparlamente o.ä.;

die Förderung von (eigenständigen) Jugendumweltprojekten und -initiativen, z.B. im Rahmen von Projektwochen oder Praktika an Bildungseinrichtungen.

Gerade angesichts der Wirtschaftskrise und der drohenden ökologischen Katastrophe soll Bildung für Nachhaltige Entwicklung Handlungsspielräume aufzeigen und Mut machen, die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen anzugehen.

## Biodiversität

Unter Biodiversität verstehen wir die Vielfalt der Lebewesen (Artenvielfalt), der Individuen (genetische Vielfalt) und der Ökosysteme und Landschaften.

Diese Vielfalt ist Grundlage eines funktionstüchtigen Naturhaushalts und sichert die Anpassungs- und Überlebensmöglichkeiten von Arten unter sich verändernden Umweltbedingungen. Jedes Lebewesen hat einen von der Nutzbarmachung durch den Menschen unabhängigen Eigenwert. Die Vielfalt der Lebewesen und Ökosysteme stellt aber auch die Lebensgrundlage des Menschen dar, indem sie uns mit Atemluft, Trinkwasser, Nahrung und Rohstoffen versorgt. In ihrer Schönheit und Einzigartigkeit ist die Biodiversität außerdem eine Quelle für Erholung und Inspiration. Die gegenwärtige Zerstörung und Umwandlung natürlicher Ökosysteme bedroht letztlich die Existenz des Menschen.



Der Wert der Biodiversität für gegenwärtige und zukünftige Generationen ist höher einzuschätzen als auf die Gegenwart maximierte wirtschaftliche Gewinne. Jeder Mensch ist für den Schutz der biologischen Vielfalt verantwortlich. Zum Schutz können wir wie folgt beitragen:

Nachhaltiger Konsum – Ein sparsames, bewusstes Verbraucherverhalten und die Bevorzugung von ökologisch verträglich produzierten, recycelten, regionalen und fair gehandelten Produkten fördert eine naturschonende Produktionsweise.

Praktischer Naturschutz – Durch praktische Arbeitseinsätze zur Schaf-

fung und Erhaltung von Lebensräumen leisten wir einen Beitrag zum Schutz der Biodiversität.

Wissenstransfer – Mit vielfältigen Umweltbildungsangeboten vermitteln wir Kenntnisse im praktischen Naturschutz und bewussten Umgang mit der Umwelt und stärken somit das Interesse und Engagement junger Menschen, sich für die Natur einzusetzen.

Öffentlichkeitsarbeit – Wir tragen die hohe Bedeutung des Schutzes der Biodiversität mit Veranstaltungen, Pressemitteilungen und Online-Angeboten in die Öffentlichkeit.

Die Politik fordern wir zu folgenden Maßnahmen auf:

Jeder Mensch wird vor allem im Kindes- und Jugendalter im Umgang mit seiner Umwelt geprägt. In die Lehrpläne aller Schulen muss die Bildung für Nachhaltige Entwicklung und die nachhaltige Nutzung von Ressourcen aufgenommen werden.

Konventionelle Landwirtschaft mit großflächigen Monokulturen und hohem Pestizid- und Düngemiteleinsatz trägt maßgeblich zum Verlust der Biodiversität bei. Die "Zukunftswirtschaft" muss sich an belastbaren Nachhaltigkeitskriterien orientieren. Dafür müssen entsprechende Anreize geschaffen und auch die Fischerei- und Forstwirtschaft stärker nach ökologischen Kriterien ausgerichtet werden.

Die Versiegelung von Flächen und der damit verbundene Verlust von Arten und Landschaftselementen muss wirksam eingedämmt werden. Nachhaltig wäre eine Netto-Neuversiegelung von Null, d.h. eine Koppelung der Neuversiegelung an die Schaffung von Ausgleichsflächen.

Es müssen Anreize für einen effizienteren Umgang mit Naturgütern geschaffen werden. Kosten zur Vermeidung und Kompensation von Umweltschäden bei kommerzieller Nutzung von Naturgütern dürfen nicht länger sozialisiert, sondern müssen von den Nutzern getragen werden.

Ein weiterer Verlust an biologischer Vielfalt muss verhindert werden und die Bewahrung der Biodiversität höchste Priorität haben – aus Respekt vor der Vielfalt des Lebens und im Interesse eines Fortbestandes der Menschheit.

## Adressen der Jugendverbände im Grünen Kreis

### Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum

Postfach 1278

57602 Altenkirchen

info@bagejl.de

Telefon: 02681 – 9516 – 46

Telefax: 02681 – 70206

www.bagejl.de

### BUNDjugend

Am Köllnischen Park 1A

10179 Berlin

bundjugend@bund.net

Telefon: 030 – 275 86 – 50

Telefax: 030 – 275 86 – 55

www.bundjugend.de

### Deutsche Waldjugend

Auf dem Hohenstein 3

58675 Hemer

geschaeftsstelle@waldjugend.de

Telefon: 02372 – 660849

Telefax: 02372 – 62361

www.waldjugend.de

### Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Drachenfelsstraße 23

53604 Bad Honnef-Rhöndorf

bundesstelle@kljb.org

Telefon: 02224 – 94 65 – 0

Telefax: 02224 – 9465 – 44

www.kljb.org

### Naturfreundejugend Deutschlands

Haus Humboldtstein

53424 Remagen

info@naturfreundejugend.de

Telefon: 02228 – 9415 – 0

Telefax: 02228 – 9415 – 22

www.naturfreundejugend.de

### Naturschutzjugend (NAJU) im NABU

Charitéstraße 3

10117 Berlin

naju@naju.de

Telefon: 030 – 284 984 1900

Telefax: 030 – 284 984 2900

www.naju.de

## Impressum

Herausgeber: BAG ejl, BUNDjugend, Deutsche Waldjugend, KLJB, NAJU, Naturfreundejugend Deutschlands.

Dieser Flyer wurde ermöglicht durch das von den Verbänden getragene Jugendkomitee Erneuerbare Energien.

V.i.S.d.P.: Kai Niebert, Naturfreundejugend Deutschlands, Jugendvertreter im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings

Das diesem Flyer zugrunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unter dem Förderkennzeichen 03MAP061 gefördert. Die Verantwortung über den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor.

Bilder: photocase.com: suze, Katharina Meier, joexx, oli\_ok, Florian Weißenstein (flobox)

Layout und Satz: Sebastian Suk (www.chilired.de)



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit